

CDU-Fraktion Simmerath

Stellungnahme zum Gemeinde-Haushalt 2010 (Ratssitzung vom 14.01.2010)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

die Verwaltung der Gemeinde, vor allem der Kämmerer, hat dem Rat wieder einen fundierten und sorgfältig erarbeiteten Haushaltsentwurf vorgelegt, an dem – vorweg genommen – aus unserer Sicht grundsätzlich nur wenig zu ändern ist.

Herzlichen Dank hierfür und herzlichen Dank an die Herren Kreutz und Stollenwerk für die Erläuterungen zum Haushalt in mehreren gemeinsamen Sitzungen der CDU- und FDP-Fraktion.

Die beiden Fraktionen haben sich gemeinsam umfassend und sehr eingehend mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf und der Finanzsituation der Gemeinde Simmerath auseinandergesetzt.

Hierbei sind wir ähnlich wie in den vergangenen Jahren zu der Erkenntnis gekommen, dass alle Posten im Haushalt ausreichend vernünftig begründet und belegt sind.

Das Rekorddefizit von 5,1 Mio. € ist unabänderlich, außer:

- wenn man erhebliche Abstriche bei der Lebensqualität der Bürger machen und
- wenn man nicht weiter eine positive Entwicklung der Gemeinde Simmerath fördern will.

Unsere Fraktion wird daher – bei wenigen Veränderungsvorschlägen – dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen. Sie fordert auch die anderen Fraktionen auf, im Interesse der weiteren Gemeindeentwicklung diesem Haushalt zuzustimmen.

Wir wollen dabei wiederum – wie in der Vergangenheit auch schon – darauf hinweisen, dass die meisten Ausgaben im Haushalt vorgegeben und von uns nicht beeinflussbar sind. Die Einnahmen, vor allem die Gemeindesteuern, können und sollten nicht beliebig erhöht werden. In Zeiten knapper Kassen bei der öffentlichen Hand, sind offensichtlich wieder die Gemeinden als letztes und schwächstes Glied in der Kette, die die ganzen Lasten tragen sollen.

Wir müssen auch in diesem Jahr eine gerechte und wirksame Gemeindefinanzreform fordern. Die Gemeinden müssen bei immer weiterer Übertragung von Aufgaben auch mit entsprechenden Finanzmitteln rechnen können.

Wir sind selbstverständlich der Meinung, dass alle Aufgaben zur Daseinsvorsorge, die vor Ort in den Kommunen erledigt werden können, auch dort anzusiedeln sind. Wir fordern aber zur Erledigung dieser Aufgaben auch eine angemessene Beteiligung an den Steuereinnahmen.

Wenn man mal über den Zaun schaut und die Finanzsituation anderer Gemeinden betrachtet, so wird man leicht feststellen, dass eine Vielzahl anderer Gemeinden noch größere Finanzprobleme haben, was wiederum darauf hindeutet, dass es sich hierbei um ein Grundsatzproblem handelt und eben die Finanzausstattung der Gemeinden nicht ausreichend ist.

Wir schließen uns uneingeschränkt zu diesem Thema der Resolution vom 1.12.2009 des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an, in der festgestellt wird, dass „die kommunale Selbstverwaltung akut in Gefahr ist. Die vermehrte Aufgabenzuweisung durch Bund und Länder sowie zunehmende Qualitätsanforderungen, ohne angemessenen finanziellen Ausgleich, führen zu einer dramatischen Überlastung der Kommunen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach zwei Jahren der Hoffnung auf Besserung der Finanzsituation der Gemeinde hat uns bei dem jetzt aufzustellenden Haushalt die Realität wieder eingeholt.

Wir hatten zwar Haushaltsprobleme als Folge der Wirtschaftskrise erwartet, müssen aber jetzt feststellen, dass unsere wirklichen Probleme weit über die Folgen der Krise hinausgehen.

Nicht nur die Minderung der Schlüsselzuweisungen um 0,3 Mio. €, der um 0,7 Mio. € verringerte Anteil an der Einkommenssteuer oder die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 0,3 Mio. € führen zu dem extrem hohen Defizit von 5,1 Mio. €, sondern vor allem auch die vermutete Erhöhung der Regionsumlage um 1,1 Mio. € gegenüber der früheren Kreisumlage.

Zum großen Teil liegt die Ursache bei der differenzierten Kreisumlage für die Wahrnehmung der Aufgaben des Jugendamtes durch die Städteregion in den Eifelgemeinden und in Baesweiler. Hier wirken sich die zusätzlichen Ausgaben für unsere Kinder, wie z.B. die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren in den Kindertagesstätten, aber auch sonstige Mehrausgaben im Sozialbereich als Folge der Wirtschaftskrise verheerend aus.

Ich möchte betonen, dass die CDU-Fraktion viele diese Hilfen und Neuerungen befürwortet, aber wir sehen sie nicht als Aufgaben an, die die Kommunen allein finanzieren müssen.

Die CDU-Fraktion beantragt folgende Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf der Verwaltung:

- Verschiebung der halben Kosten – 15.000 € - für eine neue Internetpräsentation der Gemeinde,
- Verschiebung eines Großteils der Kosten – 75.000 € - für den Bau des Kreisverkehrs an der Kreuzung der Straßen In der Bremen/Humboldtstraße in das Jahr 2011,
- Erhöhung der Gelder für die laufende Unterhaltung der Gemeindestraßen in 2010 um 5.000 € und im Jahr 2011 um 15.000 € zur Sanierung der größten Schäden in der Stüttgensgasse in Lammersdorf,
- Erhöhung des Ansatzes zur Planung von Gemeindestraßen um 15.000 € zur Untersuchung der Ursachen für die Schäden an der Straße Erkensruhr – Hirschrott sowie Planung einer durchgreifenden Sanierung dieser Straße,
- Anfinanzierung der Freizeitanlage „Neue Mitte Woffelsbach“ mit 100.000 € in 2010 sowie Ansätzen von 1 Mio. € in 2011 und 406.000 € in 2012 bei jeweils vorausgesetzten 80%-Bezuschussung und
- die unbedingt erforderlichen Verbesserungen an je einem Wirtschaftsweg in Kesternich und Strauch mit 16.200 € bzw. 26.000 € in 2010.

Darüber hinaus werden wir folgende Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion mittragen:

- Teilverschiebung der Bereitstellung der Finanzmittel für die Beschaffung neuer Tische in den Sitzungsräumen des Rathauses ins Jahr 2011,
- Teilverschiebung der Kosten für den Bau des Rückhaltebeckens im Gewerbegebiet Simmerath um ein Jahr und

- Bereitstellung der Finanzmittel für die Sanierung der Kanalisation Rollesbroich mit 100.000 € in 2011 statt 2010.

Die weiteren Änderungsvorschläge von SPD und UWG, wie sie im Haupt- und Finanzausschuß beantragt wurden, werden wir nicht unterstützen. Wir sind nicht der Meinung, dass wir noch bis zum Jahr 2011 mit der Einstellung eines neuen Beigeordneten warten sollten. Die Fürsorgepflicht der Gemeinde gegenüber ihrem Bürgermeister gebietet es, ihm diese Unterstützung spätestens Mitte 2010 nach 8 Monaten Arbeitsbelastung für 2 Stellen zur Seite zu stellen.

Wir sind auch nicht der Meinung, dass eine über die vorstehenden Maßnahmen hinausgehende Verschiebung von notwendigen Investitionen um ein oder mehrere Jahre die Finanzsituation der Gemeinde verbessert.

Wir sind aber trotz des hohen Haushaltsdefizits der Meinung, dass im nächsten Jahr mit der Sanierung der Hauptschule begonnen werden muss, dass das Feuerwehrhaus in Steckenborn gebaut werden soll und dass wichtige Investitionen, wie Neue Mitte Woffelsbach und die Sanierung des Hallenbades, vorangetrieben werden müssen.

Wenn wir nicht wollen, dass die positive Entwicklung der letzten Jahre hier in Simmerath beeinträchtigt wird, müssen wir mit dem, nicht von uns verschuldeten Defizit von rd. 5 Mio. € leben.

Prozentuale Kürzungen im Haushalt nach der Gießkannenmethode – wie das die UWG-Fraktion fordert – bringen uns nicht weiter. Wir vertrauen darauf, dass unsere Bediensteten die Ausgaben nicht nach dem Haushaltsansatz, sondern nach den Notwendigkeiten tätigen und dementsprechend günstig erledigen. Dies bestätigen die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre.

Wir werden heute auch den längerfristigen Finanzplanungen des Kämmers zustimmen und damit zum Ausdruck bringen, dass wir auch 2011 kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen wollen.

Wie wir dieses Ziel dann in 2011 erreichen, sollten wir bei den Haushaltsberatungen in einem Jahr überlegen, wenn uns alle für die Beurteilung dieser Frage relevanten Daten vorliegen.

Zu einer massiven Erhöhung der Grundsteuer B, wie sie in der langfristigen Finanzplanung vom Kämmers vorgesehen wird, werden wir hoffentlich andere Lösungen finden.

M.D.u.H., auch wenn uns für 2011 ebenfalls schwierige Haushaltsprobleme prophezeit werden, hoffen wir darauf, dass ein Defizit von 5,1 Mio. € eine einmalige Aussage in einem Haushalt der Gemeinde Simmerath sein wird und dass die Finanzsituation in den nächsten Jahren wieder etwas erträglicher wird.

Wir Ratsmitglieder – als die politisch Verantwortlichen – sollten nicht blauäugig nur nach oben rufen – auch wenn es schwer fällt –, sondern wir Ratsvertreter müssen auch weiterhin zusammen mit dem Bürgermeister und der Verwaltung unseren Sparwillen unter Beweis stellen und alle Vorschläge kritisch begleiten und Initiativen zur Verbesserung der gemeindlichen Finanzsituation unterstützen.

Aber: die CDU-Fraktion unterstützt keine Beeinträchtigung der Lebensqualität unserer Bevölkerung.

M.D.u.H., herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.